

***** Disclaimer: KI-generiertes Transkript, evtl. mit Fehlern*****

Hallo und herzlich willkommen zur 24. Ausgabe von der ADB-Podcast. Ich bin Anke Domscheit-Berg, digitalpolitische Sprecherin der Noch-Links-Fraktion und berichte euch wie immer aus dem Maschinenraum des Bundestages und zwar zum Digitalausschuss. Die Themen in dem Digitalausschuss diese Woche waren einmal der KI-Antrag der Union, da ging es um die KI-Regulierung in der EU. Dann geht es um den AI-Safety-Summit, der in England stattfand, also nochmal KI. Das wurde zusammen besprochen. Noch ein KI-lastiges Thema, das eigentlich gar nicht so sein sollte, war die Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Und, was zwar dröge klingt, aber super wichtig ist, unser drittes Thema war die IT- und Dienstekonsolidierung des Bundes. Eigentlich sollte das Highlight die Bauministerin Geiwitz sein und über Smart Cities und solche Sachen mit uns reden, aber am gleichen Morgen wurde ein Bundesverfassungsgerichtsurteil verkündet, nämlich, dass der aus Corona-Notfallfondsmitteln aufgefüllte Klimatransformationsfonds 60 Milliarden Euro verfassungswidrig sei. Und das mitten in den Haushaltsverhandlungen, kurz vor deren Abschluss war natürlich ein Riesendrama. Es gab sofort Sonderfraktionssitzungen, das Plenum wurde unterbrochen, Ausschüsse wurden verschoben und Ministertermine abgesagt, auch unserer. Daher hatten wir nur die anderen drei Themen, aber ehrlich gesagt, das war schon Thema genug. AI-Safety-Summit und den Antrag der Union zur KI-Regulierung, das haben wir zusammen behandelt. Es gab wieder mehrere öffentliche Tops. Alle außer denen, den ich selber vorgeschlagen hatte, wurden öffentlich gemacht. Unter anderem auch dieser hier. Man kann den, wenn man will, also nachhören in voller Länge und das verlinke ich euch in den Shownotes. Wir hatten Anna Christmann da als Beauftragte des BMWK für die digitale Wirtschaft und Start-ups und Parlamentarische Staatssekretärin Daniela Kluckert vom BMDV und jeweils noch MitarbeiterInnen der Ministerien. Für euch vielleicht noch als Intro, es gab ja gewissermaßen einen doppelten Anlass für die erneute Debatte zum Thema KI-Regulierung. Der Antrag der Union hätte ja genauso gut in der letzten Sitzungswoche zu unserem KI-Antrag gelegt werden können, da hatten die aber keinen Bock drauf. Und diesen AI-Safety-Summit, den gab es ja gerade erst, nämlich am 1. und am 2. November. Die KI-Verordnung, um die das geht beim Antrag der Union, die ist, das habe ich länger beschrieben im letzten Podcast, in den letzten Zügen des Trilogs, wird also noch vor den Europawahlen verabschiedet. Wenn ihr mehr darüber hören wollt, im Podcast Nummer 12 und im letzten Nummer 23, da habe ich euch ein bisschen mehr zu dieser Verordnung erzählt. Zum AI-Safety Summit, der fand Anfang November im Bletchley Park statt. Falls ihr glaubt, ihr habt den Namen schon mal gehört, dann stimmt das. Das ist nämlich ein

historischer, berühmter Ort aus dem Zweiten Weltkrieg. Da hat nämlich Supermathematiker Alan Turing die Enigma-Verschlüsselung der Nazis geknackt. Also ging in die Weltgeschichte ein und genau da hat also dieser AI-Safety-Summit stattgefunden. Teilnehmer aus über 30 Ländern haben daran teilgenommen und am Ende eine sogenannte Bletchley-Declaration miteinander verfasst. Was steht in der drin? Was war so Thema bei dem Summit? Da ging es also einmal um das Transformationspotential von künstlicher Intelligenz. Große Worte für Wohlbefinden, Frieden und Wohlstand. Es ging aber vor allem auch um signifikante Risiken. Und da vor allem um die besonderen Risiken bei hochperformanten General AI, also General Purpose AI, wo man sich zugestanden hat, dass man eigentlich ganz viel davon noch gar nicht rafft und dass es sehr schwer vorhersehbar ist. Für Themen wie Biotechnologie, also dass man da Gifte entwickelt oder sowas alles. Cybersicherheitsprobleme, aber auch das, was wir alles schon erleben, nämlich Desinformation. Und dass man da katastrophale Schäden großen Ausmaßes für möglich hält. Es geht um Menschenrechte, um Transparenz, um Nachvollziehbarkeit, um Fairness, Ethik und Datenschutz. Und all diesen großen Risiken will man durch internationale Zusammenarbeit begegnen. Da waren auch nicht nur Politiker zusammen, sondern auch VertreterInnen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Der absolute Schwerpunkt dieses Safety Summit waren aber sogenannte Frontier-KIs. Das sind also die, die quasi Grenzbereiche, da kommt das Wort ja her, von KI, die, die wahrscheinlich jetzt erst noch entwickelt werden und die ganz besonders hohe Risiken haben und die man ganz besonders wenig versteht, weshalb es besonders darauf ankommt, diese Sicherheitsrisiken erst mal zu identifizieren und dann zu verstehen, um sie am Ende auch verkleinern zu können. Diese Abschlusserklärung hat übrigens Sebastian Meineck von Netzpolitik.org mal auseinandergenommen. Da gibt es einen guten Artikel dazu auf der Plattform, den verlinke ich euch unten auch. Und damit geht es zu dem, was im Ausschuss dazu passiert ist. Am Anfang wie immer eine kleine Intro von den beiden Vertreterinnen der Ministerien. Staatssekretärin Lukert vom BMDV hat uns erzählt, Volker Wissing himself und eine Abteilungsleiter seien dort gewesen. Es hätte dann die Beschlüsse gegeben, nämlich nicht nur diese Bachelor Declaration, sondern auch, dass man sich künftig zweimal im Jahr in ähnlicher Formation treffen will. Und die nächsten Orte stehen schon fest. Frankreich und Südkorea werden da Gastgeber sein. Außerdem beschloss man, ein Expertengremium zu gründen. Sowas macht man ja generell immer gerne. Und da sei auch schon ein deutscher Professor für KI zur Teilnahme nominiert. Der Tenor von Staatssekretärin Kluckert war, Regulierungswettbewerb müsse verhindert werden. Klar, sie ist ja von der FDP. Regulierung ist

da irgendwie immer schlecht. Anna Christmann vom BMWK wiederum, die erzählte, dass Robert Habeck himself da gewesen sei und eine Kollegin aus dem BMWK, Kollegin Brönstrop, und dass man besonders viel diskutiert hätte über ein Thema, das Robert Habeck selber vorgeschlagen hat. nämlich Open-Source-AI-Systeme. Das sei also sehr kontrovers diskutiert worden, ob das jetzt mehr Chancen oder mehr Risiken bringt. Und die Kollegin beschrieb das dann als zweischneidiges Schwert, das man auf jeden Fall im BMWK auch weiter diskutieren wird. In der Debatte selber wurde noch mal nachgehakt, ob die Medien berichteten, es tatsächlich hauptsächlich um diese Frontier-KI gegangen sei, statt um die bereits existierenden aktuellen Gefahren, zum Beispiel Stereotype, die in der Gesellschaft ja existieren und über die Trainingsdaten sich in der KI so manifestieren, dass am Ende noch schlimmere Diskriminierung bei rauskommt, als wir sie in der analogen Welt schon haben. Das hat Anna Christmann bestätigt, dass es also hauptsächlich um diese Frontier-KI gegangen sei, Und sie sah das auch so, dass man sich eigentlich mehr um die aktuellen Gefahren kümmern müsste, erwartet aber, dass das künftig auch kommt. Eine Frage von Abgeordneten war, ob denn, wie in der Summit-Erklärung erwähnt sei, tatsächlich ein AI-Safety-Institut gegründet würde für die UK und die USA, wurde sowas offensichtlich schon jeweils angekündigt? Was weiß die Bundesregierung darüber, was die Frage und plant man hier auch ein AI-Safety-Institut? Aber die Antwort war ein zweimal Nein, man hat keine Infos darüber und geplant ist auch nichts. Dann ging es eigentlich gar nicht mehr um den Bachelor Summit und auch nicht mehr um den Antrag der Union. Es ging dann eigentlich nur noch um die KI-Verordnung. Unter anderem darüber, ob sie nicht viel zu langsam ist, weil sie ja mit zwei Jahren Übergangsfrist kommt. Und da sie erst Anfang 2024 verabschiedet werden wird, würde sie also auch erst 2026 in Kraft treten. Merkwürdigerweise sieht Anna Christmann vom BMW-Kader Ü überhaupt kein Problem. Die sagt, nö, Rechtsklarheit gäbe es ja ab dem Moment, wo sie verabschiedet wäre, also schon ab 2024 und dann sei es irgendwie total egal, Dass es dann erst 2026 in Kraft tritt, ich sehe das ganz anders, aber we agree to disagree. Die größten Debatten hatten wir zum Thema biometrische Identifikation im öffentlichen Raum. Das haben wir hier ja auch schon ein paar Mal besprochen und es war eigentlich immer unbefriedigend mit VertreterInnen der Bundesregierung besprochen worden. Da geht es im Prinzip darum, dass man Lücken verhindern muss und ein umfassendes, zuverlässiges Verbot der biometrischen Identifizierung im öffentlichen Raum braucht. Im Moment gibt es ein Verbot in der KI-Verordnung, also im Entwurf, nur für sogenannte Echtzeitbiometrische Identifikation. Eine retrograde Identifikation ist damit noch möglich und damit ist eine irgendwie geartete nachträgliche Identifikation gemeint. Zweitens betrifft das Verbot aktuell

nur Sicherheitsbehörden oder die im Auftrag solcher Behörden handelnden Akteure. Das heißt, eine Überwachung und Identifikation durch öffentliche und private Akteure durch KI im öffentlichen Raum wird da nicht verhindert. Also wenn ihr irgendwann in der U-Bahn sitzt und das Gegenüber hebt ein Handy und analysiert vielleicht mit irgendeiner biometrischen KI euer Gesicht und da erscheint dann ein kleines Namenslabel eurer Adresse und Telefonnummer und eure Social Media Accounts, dann liegt das auch an dieser KI-Verordnung, die euch davor nicht schützen wird. Der Koalitionsvertrag übrigens, der differenziert dann nicht. Da steht einfach nur, biometrische Identifikation im öffentlichen Raum gehört verboten. Komischerweise trägt die Regierung den ganzen Kram aber mit. Außerdem ist es ein Ziel, zumindest des EU-Rats, eine Ausnahme zu schaffen, für den Gummibegriff nationale Sicherheit. Wenn das einmal drin steht, dann weiß man eigentlich jetzt schon, dass das mindestens in einigen Mitgliedstaaten hoffnungslos ausgenutzt wird und es dann irgendwie immer und überall um nationale Sicherheit geht und so Massenüberwachung durch die Hintertür möglich wird. Da gab es natürlich Massenhaftkritik von 30 NGOs und unter anderem deshalb hatte ich ja Antrag der Linken auch da zu Bezug genommen. Im letzten Podcast habe ich euch davon erzählt. Anna Christmann hatte da in der letzten Woche noch gesagt, biometrische Echtzeitidentifikation sei ja ausgeschlossen, die Retro gerade aber noch in Abstimmung und hat damit ein bisschen Verwirrung produziert, weshalb ich sie diese Woche nochmal konkret nachgefragt habe. Ich habe gesagt, Die Bundesregierung hat doch selber schriftlich in einer Stellungnahme von der EU gefordert, dass man die retrograde Identifizierung mit künstlicher Intelligenz da einbaut. Wie kann das jetzt noch in Abstimmung sein in der Bundesregierung? Was ist denn jetzt die Position von Deutschland in den Verhandlungen? Anna Christmann antwortete und sagte genau das, also dass man die Retrograde Identifikation völlig okay findet. Das brachte mich zur nächsten Frage, nämlich was genau heißt denn Retrograde? Das habe ich schon ein paar mal gefragt. Keiner konnte mir das bis jetzt erklären. Wo fängt das an? Eine Minute nach dem Vorbeilaufen an der Demo, am nächsten Tag? I don't know. Daraufhin hat ein Kollege, nämlich der Herr Büttner vom Justizministerium, geantwortet und hat einfach mal meine Redezeit verschwendet. Ich hatte nämlich nur drei Minuten. Echtzeitidentifikation will man ja gar nicht. Man will ja nur die Retrograde. I know. Deshalb frage ich ja, was Retrograde eigentlich ist. Und er meinte dann auf zweite Nachfrage, Retrograd ist es dann, wenn der Aufzeichnungsvorgang abgeschlossen ist. Ich habe dann erwidert, die Aufzeichnung ist ja eine Sekunde danach abgeschlossen. Also in dem Moment, wo die Aufzeichnung von dem Menschen, der vorbeiläuft, abgeschlossen ist, ist sie abgeschlossen. Er sagt aber nein. Das

bezieht sich nicht auf jedes einzelne Bild, sondern auf eine Aufzeichnung als Ganzes und es geht damit um einen ganz anderen Vorgang bei Retrograd. Und dann sagte er noch, fast wörtlich, es ist ein Riesenunterschied, ob in Echtzeit anlasslos riesige Mengen von Personen identifiziert werden oder anlassbezogen mit konkreter Fragestellung bestimmte Personen retrograd erkannt werden sollen. Ich habe ihn da mal beschrieben, was das aber in der Praxis heißt. Ich habe ihm gesagt, es besteht die Gefahr einer Video-Vorratsdatenspeicherung, die dann zum Beispiel jede Demo aufzeichnet und wo man dann nachträglich jede beliebige Person identifizieren könnte. Und das ist doch ein Problem. Und das beunruhigt ja eben auch diese über 30 NGOs, die diesen offenen Brief geschrieben haben und fragte den Kollegen vom BMJ, teilen sie deren Sorge denn nicht? Und er doch? Selbstverständlich! Deshalb sei ja Deutschland gegen eine anlasslose Echtzeitvideoüberwachung. Ich hatte echt das Gefühl, ich rede mit ner Wand. Ich sprach von Retrograd und er erzählt immer wieder eins von Echtzeit. Und es ist völlig unklar, wo das eine anfängt und wo das andere aufhört. Ich hab also nochmal präzisiert. Echtzeit-ID heißt nicht, dass überall intelligente Kameras sind und alle Menschen dann virtuelle Namensschilder über dem Kopf haben. Könnte es heißen, müsste es aber nicht. Und wenn man das übersetzt, was alternativ möglich ist, dann kann Retrograd auch bedeuten, dass wir überall Videokameras haben, am Bahnhöfen, Demos und Marktplätzen alles aufzeichnen, was rumläuft und abends Polizisten in sämtlichen Mitgliedsstaaten einen Abgleich von massenhaft solcher Aufzeichnungen mit ihrer Straftäter-Datenbank machen. Das ist dann total konkret und anlassbezogen, weil in dieser Datenbank stehen ja ganz konkrete Straftäter drin und man sagt ja dann, man sucht nur die aus Gründen. Das heißt aber trotzdem, dass diese Video-Vorratsdatenspeicherung für alle Menschen stattfindet, die sich irgendwo, irgendwann im öffentlichen Raum bewegen. Das heißt mehr Kameras, mehr Vorratsdatenspeicherung, mehr Chilling-Effekt. Das würde die Grenzen jeder Überwachungsgesamtrechnung überschreiten und ganz sicher auch verfassungswidrig sein. Ich habe also nochmal gefragt, das alles habe ich im Ausschuss auch beschrieben, wie wird in der KI-Verordnung verhindert, dass das von mir beschriebene Szenario eintritt? Woraufhin Kollege Büttner vom BMJ aber meinte, die Videoüberwachung, die wird ja gar nicht in der KI-Verordnung geregelt, die hat ja gar nichts mit der Verordnung zu tun. Und dann fing er wieder an davon zu reden, dass man Echtzeiterkennung ja auch gar nicht will. Manchmal ist es wirklich anstrengend im Digitalausschuss. Da will man wie der kleine Affe die Hände vor die Augen hauen. Oder den Kopf an die Wand. Oder auf den Tisch. Oder alles dreist auf einmal. Fakt ist, die Möglichkeiten der Umgehung müssen ausgeschlossen werden. Und der Herr Büttner vom BMJ, der meinte, das wäre ja in Deutschland dann je nach Schwere eines

Eingriffs zum Beispiel mit einem Richtervorbehalt nötig, hätte aber auch gar nichts mit der KI-Verordnung zu tun. Es bleibt also weiterhin komplett unklar, wie wird eine Vollüberwachung effektiv verhindert. Das ist richtig Mist. Naja, soviel zur biometrischen Erkennung. Ich habe dann auch noch meine andere Frage gefragt, nämlich nachdem da beim AI-Safety-Summit soviel von den großen Risiken, gerade von Hochrisiko-KI-Systemen die Rede war. Fragt sich die Bundesregierung, ob sie trotzdem weiter daran festhält, Solche Hochrisikosysteme nicht vor der Inverkehrbringung auf die Erfüllung der Standards der KI-Verordnung zu überprüfen. Ist ja besser, man macht das, bevor der Schaden entstanden ist. Macht man bei Medikamenten ja auch. Die kommen auch nicht erst auf den Markt und da warte ich, bis Leute tot umfallen und dann überprüfe ich die mal genauer. Findet so nicht statt. Aber Anna Christmann meinte, ja, ja, das soll so bleiben. Keine Vor-Inverkehr-Prüfung. Das sei das Grundprinzip der KI-Verordnung. Sie sieht keinerlei Änderungsbedarf. Und eigentlich ging es ja auch um einen Antrag der Union zum Thema KI. Ich habe gar keine Lust Werbung für die zu machen, weil der war auch total schlecht. Wir haben den Antrag abgelehnt. Wenigstens einen Satz würde ich euch dazu spendieren. Wir haben den abgelehnt, weil er ganz viele, finde ich, nicht gute Sachen will. Er will die Anforderungen an Klimaschutz und Nachhaltigkeit reduzieren. Er will den Grundrechtsschutz beim Einsatz von KI reduzieren. Er will weniger Schutz vor Risiken durch KI. Zum Beispiel sollen Stellenanzeigensysteme, die wurden da explizit genannt, aus der Hochrisikokategorie rausfliegen. Und das, obwohl gerade im Zusammenhang mit Stellenbesetzung etliche Fälle bekannt sind, wo KI-Einsatz zu ganz krassen Diskriminierung geführt hat, zum Beispiel von Frauen. Und deswegen ist es also vielsagend, wenn die Union genau sowas da reinschreibt. Ja, unser nächstes Thema war dann die ominöse Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Auch da eine kurze Einführung. Diese sogenannte Denkfabrik wurde ja schon 2018 gegründet, nach dem Regierungswechsel zur Ampel aber mega klein geschrumpft. Damals war die sogar ziemlich cool und hatte eine ganz tolle Chefin. Seit 2022 wurde sie wieder so ein bisschen upgegradet und ist jetzt eine Abteilung Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft. und hat seitdem Anna Dudic als Leiterin. Im Haushalt 24, nur dass ihr eine Größenordnung habt, ist ja noch ein Entwurfshaushalt, aber da ist die Denkfabrik mit Pi mal Daumen 20 Millionen Euro drin. Laut ihrer Webseite, Link findet ihr in den Shownotes, hat sie sechs Schwerpunkte, nämlich einmal die Plattformökonomie, da macht sie aber fast nur Algorithmenregulierung, das ist auch so ein bisschen KI. Kein einziges Vorzug Content-ModeratorInnen. Dann gibt es den Schwerpunkt Beschäftigten-Datenschutz. Da gibt es in dieser Legislatur einfach keinen einzigen Eintrag. Zum Thema Schwerpunkt Macht und

Kooperation. Auch kein einziger Eintrag in dieser Legislatur. Dann gibt es das Thema Arbeitsgesellschaft 2040. Und es gibt das Thema Soziale Innovation. Das hat aber seit dieser Legislatur, also seit August 2021, ausschließlich Künstliche Intelligenz als Fokus. Und dann gibt es den sechsten Schwerpunkt, nämlich künstliche Intelligenz. Also ich würde sagen, diese Denkfabrik heißt gar nicht digitale Arbeitsgesellschaft, die heißt eigentlich Denkfabrik KI, denn da gibt es richtig viel. Massenhaft Studien, es gibt ein Fellowship-Programm KI in der Verwaltung, es gibt ein Projekt Civil Coding, Innovationsnetz KI für das Gemeinwohl. Das ist ein gemeinsames Projekt mit BMUV und BMS findet ihr auch verlinkt in den Shownotes. Und es gibt die Civic Innovation Plattform integriert im Projekt Civic Coding. Da gibt es einen Ideenmarktplatz und Profilmarktplatz, wo man, wenn man sich ordentlich einloggt, sonst erfährt nichts, wo man da zum Thema gemeinwohlorientierte KI sich miteinander vernetzen kann. Das alles ist jetzt auch in der neuen Strategie für soziale Innovation der Bundesregierung zu finden, als eine von 70 Maßnahmen. Das mal als kleine Intro. Dann ging es ab in den Digitalausschuss. Auch dieses Thema war öffentlich. Wenn ihr es also in Gänze hören wollt, findet ihr das verlinkt in den Schonungs. Dann hat die Leiterin der Denkfabrik selber das Wort ergriffen für eine kleine Einführung. Sie hat uns erklärt, man hätte also in der Denkfabrik drei große Fragen zu bearbeiten, nämlich einmal, welches Skillset brauchen wir kurz-, mittel- und langfristig für, ihr erahnt es vielleicht, den Einsatz von KI-Technologie. Da würde man jede Menge Werbung und Aufklärung machen. Da gäbe es zum Beispiel so ein KI-Mobil, das besucht Unternehmen, Multiplikatorenveranstaltungen. Mal gucken, ob ich den auf dem Digitalgipfel finde nächste Woche. Und es gibt ein sogenanntes KI-Studio, genau genommen sogar schon zwei, nämlich in München und in Stuttgart. Und wenn ich mich nicht verhört habe, sollen das sogar noch ein paar mehr werden. Das war also der erste Fokus. Der zweite ist der Arbeitnehmerschutz in der digitalen Transformation. Da ist ein beschäftigten Datengesetz in Planung und die Denkfabrik ist daran beteiligt. Aber ich habe euch ja schon gesagt, auf der Webseite findet sich in dieser Rubrik einfach nichts. Also in dieser Legislatur nichts. Dritter Fokus Befähigung der Zivilgesellschaft. Da findet dieses ganze Civic Coding Projekt statt. Da geht es nämlich darum um KI Fähigkeiten auszubauen. Und da kommt tatsächlich der Digital Gipfel. Da hat man nämlich ein Matching geplant. Ich habe euch das ja vorhin beschrieben an dem Civic Innovation An der Plattform, wo es so einen Ideenmarktplatz gibt, wo sich Ideenanbieter und Ideenumsetzer treffen, das in analog will man auf dem Digitalgipfel machen, nämlich mit Ideen der Zivilgesellschaft, die dort über die Zivilgesellschaft vertreten sind, und Unternehmen und Kommunen auf der anderen Seite. Dann hat sie noch ein bisschen die Organisation selber beschrieben. Also man hätte da so drei

Teams, die würden alle in einem Coworking-Space hocken und sehr agil und multidisziplinär miteinander arbeiten. Und man beteiligt sich an europäischen Verordnungen, an der KI-Verordnung, wir sind nicht überrascht, und an der Plattform-Richtlinie der EU. Auch die nachfolgende Debatte war extrem KI-lastig. Unter anderem wurde gefragt, ob man denn auch generative KI im Blick hätte. Ja, hat man auf drei verschiedenen Ebenen. Einmal auf der analytischen, da geht es um Produktivitätsentwicklung, Fachkräfteentwicklung, Veränderung von Berufsbildern, aber auch um die Frage, welche Jobs fallen denn weg und wie viele. Später hat sie übrigens auch klargestellt auf Nachfrage, dass sie nicht damit rechnet, dass viele Jobs in der Anzahl wegfallen, auch wenn manche Jobs komplett verschwinden werden. Sie glaubt, dass es eher in der Summe mehr Jobs geben wird in Deutschland. Die zweite Ebene, auf der man generative KI im Blick hat, ist das Thema Befähigung. Insbesondere, welche Kompetenzen brauchen denn kleine und mittlere Unternehmen, wenn sie generative KI einsetzen wollen. Und drittens geht es um den Umgang der Zivilgesellschaft mit generativer KI. Da geht es nicht darum, was ich erwartet hatte, nämlich wie vermittelt man Wissen in Bezug auf, wie erkenne ich Desinformation und Fake-Inhalte, wie arbeitet eine KI, was sind ihre Grenzen, dass ich auch mir vorstellen kann, wann die mich anschwandelt, rumhalluziniert. Das war alles da nicht der Fall, sondern es ging ausschließlich um das Thema, wie kann man die Anwendbarkeit von generativer KI bei der Zivilgesellschaft fördern? Ja, eine Denkfabrik KI kann man glaube ich so mal sagen. Ich habe das auch dort gesagt und habe dann darauf hingewiesen, dass es ja auf der Homepage die vorgestellten sechs Schwerpunkte gäbe. Zum Thema KI 17 Texte, nur zwei zum Thema Macht und Kooperation, das letzte ist vier Jahre alt und nur fünf Texte zum Beschäftigen der zum beschäftigten Datenschutz und da ist auch der aktuellste noch aus GroKo-Zeiten. Ich wollte wissen, warum vernachlässigt man denn manche Themen und wie verteilen sich eigentlich die Ressourcen auf diese unterschiedlichen Themen. Da wurde mir erklärt, ja, diese drei Teams, die man da hätte, die sind also nicht nach Fachthema, also nicht ein KI-Team und so weiter und ein anderes, sondern man hätte ein Analyse-Team, ein Regulierungsteam und ein Outreach-Team in die Zivilgesellschaft. Alle drei seien ungefähr gleich groß und ja, die hätten alle irgendwie einen Fokus auf KI, aber trotzdem würde man ja alle anderen Themenfelder auch weiter bearbeiten. Ja. Ich würde mal sagen, ein Blick auf der Webseite genügt, um festzustellen, dass das ganz offensichtlich nicht der Fall ist. Manche Sachen sind aber, auch wenn sie sich mit KI beschäftigen, gar nicht mal so blöd. Unter anderem ist ja interessant diese Civic Coding Initiative. Die fördert also regelmäßig, ich glaube zweimal im Jahr, 25 KI-Ideen aus der Zivilgesellschaft. Ich habe mal gesagt so, Ich glaube, wann war das? März

2021. Da wurden die ersten 25 ausgezeichnet. Richtig viele gute Ideen dabei. Unter anderem Übersetzungen in einfache Sprache, Formularausfüllhilfen für Wohnungslose, Sozialleistungsrechner. Alles geile Ideen. Formularausfüllhilfe für Wohnungslose habe ich übrigens auch schon mal als Idee gehabt und auch schon abgekupfert. Gibt es nämlich in England schon seit ein paar Jahren. Da wollte ich wissen, was ist denn draus geworden? Ist da irgendwas umgesetzt und irgendwo in der Praxis zu finden? Da gab es ja immerhin Support von der Denkfabrik und bis zu 20.000 Euro Preisgeld. Kann man schon ein bisschen was mitmachen. Die Antwort war nicht so ganz, wie ich sie erhofft hatte. Mir wurde erklärt, man füllt ja nur eine Lücke. Man will Ideen der Zivilgesellschaft ganz, ganz am Anfang fördern und helfen dabei, dass solche Ideen wachsen können. Es geht also jetzt nicht darum, einem Start-up in der Umsetzung eines halbentwickelten Produkts zu helfen. Man muss ja da Monitoring haben. Also das habe ich dann halt nachgefragt. Gibt es denn wirklich nichts, wo man verfolgt, was aus den geförderten Dingen geworden ist? Doch, gäbe es. Aber die Glocke hat gegongt, meine Zeit war vorbei. Aber im Flur hat man mir versprochen, dass ich es dann noch nachgereicht bekomme. Außer KI haben wir nur noch ganz wenig Themen besprochen. Ich habe zum Beispiel auch kleine Dinge in Mettern gefragt. Jo, Plattform Ökonomie ist doch einer der sechs Schwerpunkte der Denkfabrik. Aber die Social Media Präsenz der Denkfabrik, die gibt es nur auf X von Elon und auf YouTube von Google. Wann gibt es denn die Denkfabrik auch auf BlueSky oder Mastodon oder anderen Plattformen, die nicht monopolistisch organisiert sind? Abteilungsleiterin Dudic meinte aber nur, wir richten uns nach dem Mutterschiff, also Mutterschiff habe ich gesagt, nicht die, wir richten uns nach dem BMAS und wenn das BMAS auf Blue Sky ist, dann würden sie auch kommen. Für so eine Vorreiterdenkfabrik finde ich das mal ein bisschen lahm. Zum Thema beschäftigten Datenschutz, da haben wir wissen wollen, wann kommt denn da endlich der Gesetzentwurf? Der ist ja schon ewig angekündigt, passiert und passiert nix. Die Denkfabrik bringe sich ein, hörten wir, der Termin des Gesetzentwurfs sei aber nicht klar. Idealerweise noch 2023, aber ehrlich gesagt, wir haben Ende November. Also wenn da noch was kommen würde, dann hätte ich das wahrscheinlich schon mitgekriegt. Manche Antworten gab es gar nicht auf Fragen, zum Beispiel auf die Frage, in MINT-Berufen fehlen ja 300.000 Arbeitskräfte. Welche Lösungen entwickelt denn dafür die Denkfabrik? Da gab es nur, ja, man hat da so einen Austausch mit LinkedIn gehabt, gerade neulich. Und da käme auch rüber, wie wichtig KI-Potenziale sind. Wie, wieso denn jetzt schon wieder KI? Das ist wirklich das Gefühl, egal von was du sprichst, es kommt KI als Antwort. Naja, so haben wir zumindest erfahren, dass mehr KI-Talente nach Deutschland einwandern als auswandern, aber nicht wie man 300.000

fehlende MINT-Arbeitskräfte beschaffen will. Mein Fazit? Leider gab es hier nur 3 Minuten pro Fraktion. Übrigens als Einzel-MDB habe ich bald nur noch 2 Minuten, egal wie viele die anderen haben. Viele meiner Fragen blieben daher ungestellt. Zum Beispiel, warum eigentlich nur KI-Anwendungen für soziale Innovation, Nachhaltigkeit und Gemeinwohl gefördert werden. Sonst betont ja die Regierung alle Naslang, dass sie technologieneutral sein will und wie wichtig das ist. Immer wenn es um KI geht, gilt es aber irgendwie nicht. Die Folge davon ist, mit anderen Worten gesagt, dass man einen Hammer hat, der sich ständig Nägel sucht. Es gibt also noch mehr unnütze KI-Projekte, statt andere digitale oder auch komplett analoge Lösungen zu fördern. Ein Beispiel. Statt ein 487. KI-Projekt zu fördern, könnte man ja auch Repair-Cafés im ländlichen Raum unterstützen. Dafür sorgen, dass die Zugang zu Reparatur-Infos haben und Reparatur-Kompetenzen, dass es Know-how-Transfer gibt von Älteren zu Jüngeren. Das ist super gut fürs Gemeinwohl, es ist sozial, es ist nachhaltig. Und ich hätte also gerne gewusst, wie wirkt denn die Denkfabrik jenseits des KI-Hypes für soziale Innovation, Nachhaltigkeit und Gemeinwohl? Vielleicht frage ich das mal schriftlich. Das bringt mich zum letzten fachlichen Thema im digitalen Ausschuss, nämlich dem Stand der sogenannten IT und Dienste Konsolidierung. Das war nicht öffentlich. Ihr könnt also auch nicht nachhören. Das ist das größte Digitalisierungsprojekt des Bundes und trotzdem eines der unbekanntesten. Das läuft schon seit 2015, hat eine Laufzeit von zehn Jahren und sollte ursprünglich mal schlappe, billige, peanuttige 1 Milliarde Euro kosten. Seitdem sind die Kosten schon auf 3,5 Milliarden explodiert. Medien berichteten, das soll jetzt schon bis 2032 dauern statt bis 2025. Und die Zwischenstände sind, finde ich, Subjektiv nicht besonders geil. Was ist aber das Ziel dieser IT-Konsolidierung? Das Ziel ist, dass die IT des Bundes endlich vereinheitlicht werden soll. Denn es ist ein unfassbarer Zoo an Hardware und Software. Und an unendlich vielen Rechenzentren gefühlt hat jede Kleinstbehörde ihr eigenes im Keller. Ein bisschen wie ich bei mir zu Hause in Fürstenberg. Aber ich bin ja auch keine Bundesbehörde. Wenn man das alles vereinheitlicht, könnte man die Kosten senken, Pflege und Weiterentwicklung vereinfachen und sicherer wäre das Ganze auch noch. Naja, das war also alles das Ziel und es sollte auch die Anzahl der Dienstleister reduziert werden und vor allem die IT nicht mehr von jeder Behörde selber betrieben werden. Es sollten wenige Masterrechenzentren gebildet werden, die das ITZ Bund betreibt und da soll dann alles rein. Diese IT-Konsolidierung, die hat zwei Hälften. Eine Hälfte ist die Dienste-Konsolidierung, da geht es um alles, was irgendwie Fachanwendungen und Software ist und die zweite ist die Betriebskonsolidierung, da geht es zum Beispiel um die Rechenzentren. 2015 stand in einem Grobkonzept dazu noch drin, von damals 100 Rechenzentren soll die Anzahl auf 10

Rechenzentren reduziert werden. Bei der Dienstekonsolidierung, da will man bis 2025 schaffen, dass man nur noch zwei Fachanwendungen für eine spezifische Aufgabe hat. Zum Beispiel Mails schreiben oder Word-Dokumente schreiben. Da hat man einmal Office und vielleicht einmal irgendwas anderes, Open Office oder so. Und das alles soll also auch die Wartung und den Einkauf leichter machen. Es soll den Datenaustausch, also die Interoperabilität, erhöhen und in einem Ritt auch noch die Verwaltungsdigitalisierung beschleunigen. Das hat natürlich damit zu tun, weil wenn ich weniger unterschiedliche Produkte habe, muss ich nicht dröflzig Schnittstellen pro Funktion mal aktualisieren. Insofern spielt das schon eine Rolle. Inzwischen sind von diesen zehn Jahren acht vorbei. 2018, also drei Jahre nach Beginn, da waren schon aus einer Milliarde dreieinhalb Jahre im Plan geworden und Fortschritte gab es überhaupt keine messbaren. 2019 stand das Ganze kurz vorm Scheitern, also noch unter der GroKo. Das Controlling ist daraufhin ins Kanzleramt gewandert. Kanzler Scholz hat es übrigens in der ersten Woche nach Amtsantritt sofort wieder abgegeben, fand er unsexy, hatte keinen Bock drauf und wahrscheinlich auch keine Ahnung. Und die Governance wurde neu aufgeteilt zu diesem Zeitpunkt. Das BMI kriegte die Dienstekonsolidierung, also die Anwendung, und das BMF, das kriegte die Betriebskonsolidierung, also das ganze Rechenzentrum, das Thema. Wir haben das dann im Ausschuss auch schon ein paar Mal gehabt und da hat man uns dann schon erklärt, dass das Ganze in mehreren Wellen durchgeführt wird. Und 2022, als der Krieg Russlands gegen die Ukraine losgetreten worden ist, da hat das BMWK aufgrund anderer Prioritäten erklärt, dass es also aus der ersten Welle wieder aussteigt. Und das war einer der Gründe, warum unter anderem der Spiegel vermutet hat, dass sich jetzt alles bis 2032 verlängert. Soviel als etwas längere Intro, weil komplexes Thema. In der Intro der Bundesregierung wurde dann von Seiten BMI erklärt, überraschenderweise, dass alles total supi sei und alles total im Plan, dass man von 40 Maßnahmen 10 schon komplett fertig hätte. Sieben weitere Maßnahmen sind in der ersten Version verfügbar. BMI ist ja Dienstekonsolidierung, also erste Versionen sind dann die Verfahren und die Softwareanwendungen, die das geht. Die Umsetzung erfolgt in einzelnen Projekten. Einige wurden da genannt. Die gehören also zum Teil zu den Fertigen, zum Beispiel die E-Akte. Die ist schon in großen Teilen ausgerollt in ganz vielen Behörden. Die Bundes-Cloud, die sei verfügbar. Seit zwei Jahren gäbe es schon die E-Rechnung. Eine sogenannte Parlaments- und Kabinettsmappe hätte man in elektronisch fertig und auch die I-Gesetzverkündung sei fertig. Das ist nicht zu verwechseln mit einer I-Gesetzgebung, auf die komme ich noch, sondern es geht nur um die Verkündung der Gesetze. Also quasi Bundesgesetzblatt in elektronisch. Verraten wurde uns aber auch, dass es Budgetengpässe

gegeben hätte und dass man deshalb öfter mal Design to Budget machen musste. Wüsste ich ja echt gerne, aber aus Zeitmangel konnte man danach nicht fragen, was denn genau das Delta war. Was hätte man anders gemacht? Hätte man anständig Budget gehabt. Nun ja. Dann kam das BMF. Das BMF erklärte uns in seiner Intro, alle konsolidierungsfähige IT soll künftig in drei Masterrechenzentren wandern. Die wollen also nicht aus 110 machen, sondern aus, im Moment sind es 186 Rechenzentren, ihr stellt fest, es sind mehr geworden, sollen künftig drei werden. Die Umsetzung folgt in vier Wellen. Innerhalb jeder Behörde ist die Behörde zuständig, wird aber durchs BMF unterstützt und die Gesamtprojektleitung, die hat das ETZ Bund, das auch diese Masterrechenzentren alle drei betreiben soll, wenn sie denn mal fertig existieren. Details dazu gibt es in einem jährlichen Fortschrittsbericht, der wird immer im März an den Haushaltsausschuss geschickt, der nächste ist also fällig im März 2024. In diesem Jahr März, da stand er auch drin, alles planmäßig. Seitdem kriegen wir ein neues Update in dieser Woche. Drei von diesen vier Wellen sind also schon in Arbeit. Die erste Welle befindet sich seit einem Jahr in der Durchführungsphase, das ist also die, wo das BMDK rausgedroppt ist. Die allerersten Fachanwendungen sind bereits konsolidiert auf einer einheitlichen Plattform verfügbar. Die zweite Welle, die ist noch in der Vorbereitungsphase, aber schon ab erstes Quartal 2024 sollen die mit der Durchführungsphase anfangen. Und die dritte Welle, die initialisiert sich gerade. Da soll dann im April 2024 alles weitere losgehen, nämlich eine Prüfung, was überhaupt konsolidierungsfähig ist. Und das soll eine sehr große Welle werden. Was sagt uns das? Es sind immer pro Welle ein paar Ministerien, die sich konsolidieren. Und ich habe so die Vermutung, so ein paar kleine, bescheidene, willige Vorreiter waren in der Welle 1 und 2 und der ganze große Rest, der nicht so richtig Bock hat vielleicht oder ein bisschen komplizierter ist, die kommen dann alle auf einmal in Welle 3 und mal gucken, ob das dann mit der Planmäßigkeit so 2025 wirklich noch klappt. In der Debatte stellte sich dann raus, inzwischen, ich habe danach gefragt, ist das BMWK wieder drin? Und es wurde uns erklärt, die Zusammenarbeit, die sei total super. Also da gäbe es keine Abstimmungsprobleme wie sonst überall. Man hätte da ständig Staatssekretärs, Lenkungsausschüsse und die Arbeitsebene noch öfter, alles kein Problem. Dann ging es um ein paar Einzelthemen. Zum Beispiel um die Cloud. Die Bundescloud, die ist fertiggestellt. Sie wird integriert in die Verwaltungscloud. Und falls ihr verwirrt seid, die Verwaltungscloud ist sozusagen die Übercloud. Und in der drin sollen dann unterschiedliche Einzel-Clouds rumhängen. Also einmal die Bundes-Cloud und da können dann zum Beispiel auch Länder-Clouds noch mit rein. Das Ganze soll der Cloud-Strategie entsprechen, wenn die dann mal fertig ist. Und auch die Verwaltungs-Cloud selber ist ja noch nicht fertig. Naja, wie genau das

genutzt wird, konnte man uns nicht genau sagen. Wir wollten also wissen, wie viele benutzen denn jetzt schon diese Bundes-Cloud. Das wird nachgereicht, aber uns wurde qualitativ beschrieben, dass alle, die die E-Akte nutzen, da auf jeden Fall schon mal drin sind. Ja, und jetzt die E-Gesetzgebung. Das war echt ein bisschen lustig. Da gab es nämlich von Seiten Abgeordneten die Kritik, dass in der E-Gesetzgebung der Bundestag und der Bundesrat zuerst überhaupt nicht eingebunden waren. Und die Frage war naheliegenderweise, wieso eigentlich? Ja, man will da erstmal die Ressorts einbinden. Man will dafür sorgen, dass die Akzeptanz und die Beteiligung in der Praxis steigt. Und erst wenn das klappt innerhalb der Ministerien, dann würde man das ausweiten. Wisst ihr was, das ist total lustig. Ich erinnere mich nämlich an eine IUK-Sitzung. Da bin ich in der IUK-Kommission, die IT des Bundestages dafür zuständig ist, eine Unterkomitee des Ältestenrates. Und wir fanden das vor ein paar Monaten mal äußerst befremdlich, dass das Thema E-Gesetzgebung von der Bundesregierung ohne den Gesetzgeber, der nämlich der Bundestag ist, entwickelt worden ist. Wir heißen ja nicht umsonst Legislative. Da steckt ja Gesetz drin. Und insofern haben wir da zurückgemeldet an die Bundesministerien, dass wir fordern, dass wir mehr integriert werden und dass man auch eine Anforderungsanalyse macht beim Bundestag. Was brauchen wir denn in der E-Gesetzgebung, damit es eine wird, die auch für alle Beteiligten am Gesetzgebungsprozess funktionieren? So war das nämlich eigentlich. Also komischer Ansatz, das ohne uns zu machen. Naja, dann ging es logischerweise um Rechenzentren. Eine sehr schöne Frage, ich weiß gar nicht mehr, wer die gefragt hat, war, wurde denn schon ein Rechenzentrum geschlossen? Drucks, Drucks, Drucks beim BMF und die Antwort, sehr präzise, noch nicht direkt. Was heißt das wohl? Also das Ziel am Ende soll ja sein, dass man drei Masterrechenzentren hat und es wurde dann erklärt, dass man mit viel mehr Schließungen in der Welle 3 rechnet. Mehr Schließungen als nicht direkt noch nicht eins ist auch ein bisschen witzig. Weil $3 \text{ mal } 0$ ist auch 0 und $10 \text{ mal } 0$ ist auch 0 . Ja. Gefragt wurde, wie viele Rechenzentren laufen dann aktuell. Das konnte man nicht beantworten, obwohl zuständig für die Verringerung der Anzahl der Rechenzentren. Aber das weiß ich ja auch so. Ich habe es auch nicht gefragt. Ich weiß, dass es 186 waren bei meiner letzten kleinen Anfrage zur Nachhaltigkeit von Rechenzentren. Und die neueste kleine Anfrage zur Nachhaltigkeit von Rechenzentren ist gerade unterwegs. Und ich erwarte sie in einer oder zwei Wochen zurück. Dann weiß ich, ob es mehr oder weniger Rechenzentren geworden sind. Immer eine sehr spannende Frage. Natürlich habe ich das auch aufgegriffen und habe also eingebracht, dass die Zahl laut Grobkonzept bis Ende 2022 auf 10 reduziert werden sollte. Das ist nach meiner letzten Anfrage aber 186 waren. Jetzt sagte das Ziel sollen sogar nur drei

werden. Der Plan wird also immer ehrgeiziger. Die Realität entfernt sich allerdings immer weiter davon entfernt. Wann, fragte ich, sollen also welche konkreten Ziele erreicht werden? Manchmal ist das wirklich ein komisches Ping-Pong. Also in diesem Fall wurde mir vom BMF erklärt, also das erste Masterrechenzentrum, das steht ja schon in Bonn, das zweite Masterrechenzentrum, das Plan an in Frankfurt, an der Stelle habe ich unterbrochen, weil ich habe ja nur eine sehr limitierte Rede- und Antwortzeit. Ich habe also gefragt, dass ich nicht die neu zu bauenden Rechenzentren wissen will. Ich will doch wissen, welche aufgelöst werden. Ja, das hat mit den Wellen zu tun. Die Auflösung kann ja erst kommen, wenn die Behörden komplett konsolidiert sind. Ich bin ja tolerant. Also habe ich etwas anders gefragt. Ich habe gefragt, gibt es irgendeinen Zeitpunkt für irgendwelche Zwischenziele? Ich nehme alles. Wann werden es von mir aus 50 statt 186 Rechenzentren sein? Oder 70 oder 5? I don't know. Irgendein konkretes Ziel. Ihr werdet es nicht glauben oder euch nach Podcast hören schon ein bisschen daran gewöhnt haben. Die Antwort war einen festen Zeitpunkt und ein bestimmtes Ziel könne man nicht nennen. Das ist ja schon Widerspruch, oder? So ganz am Anfang hat er noch gesagt, alle Ziele werden wie geplant in 2025 erreicht. Wir haben fast 2024. Von 186 auf 3, das wird mal ein echter Endspurt. Unser letztes Thema war IT-Sicherheit und Netze des Bundes. Der Haushaltsausschuss hat nämlich vor längerer Zeit schon festgestellt, dass dem BSI 18 Stellen fehlen für das Informationssicherheitsmanagement, für IT-Konsolidierung des Bundes. Das BMF hat aber für den Haushalt 2024 im Entwurf keinen einzigen Euro dafür vorgesehen. Ich habe also gefragt, ist das immer noch so? Weiterhin keine Kohle für 2024? Und welche Folgen hat das eigentlich? Kann man nicht beantworten. Das wird geprüft und nachgereicht. Zu den Netzen des Bundes habe ich Bezug genommen auf die Haushaltsberatungen im Digitalausschuss. Habt ihr auch hier im Podcast schon gehört. Da war ja zugegeben worden, die sind nicht zukunftstauglich und werden durch eine Alternative ersetzt. Ich wollte wissen, welche Alternative wird denn da gebaut? Ist das eine Zero-Trust-Architektur? Was ist der Zeitplan konkret? Aber das gibt es irgendwie noch gar nicht so genau. Das klang letztes Mal viel konkreter. Jetzt hörte ich nur, dazu gibt es eine Staatssekretärsrunde, die berät dazu und wenn irgendwelche Erkenntnisse vorliegen, dann könnte man darüber berichten. Übersetzt heißt das, es gibt noch gar keine konkrete Alternative. Und das finde ich ehrlich gesagt beunruhigend, weil die Netze des Bundes sind in wirklich schlechtem Zustand. Mein Fazit? Es gab viel Selbstlob, aber im Detail auch viel Grund für Zweifel. Denn immer wenn man tiefer bohrt, vor allem bei der Rechenzentrenkonsolidierung oder den Netzen des Bundes, dann sieht es halt böse aus. Und da bin ich noch nicht mal zu meinen IPv6-Fragen gekommen,

da ahne ich auch Schreckliches. Aber so insgesamt wird uns das Thema noch bis zum Ende der Legislatur begleiten. Das war es für den Digitalausschuss, aber ich hatte euch letztes Mal versprochen, dass es auch diesmal ein Update zur Zukunft der Linksfraktion im Bundestag geben wird. Am Dienstag, dem 14.11., haben wir nämlich in der Fraktion beschlossen, den Beginn der Liquidierung der Fraktion auf den Nikolaus, den 6. Dezember 2023, zu setzen. Wir haben einmütig, ohne Gegenstimme, den Liquidationsbeschluss angenommen, zwei Liquidationsmanager ernannt und einen Beirat aus vier Abgeordneten dafür gebildet. Dieser Termin 6.12. erlaubt uns noch, bei der Haushaltsdebatte dabei zu sein, die ist in der letzten Novemberwoche, und noch ein paar Tage zum Vorbereiten zu haben. Das ist nämlich ein wirklich komplexer Prozess, der wahrscheinlich auch eine ganze Weile dauert. Und es bedeutet auch, dass viele kleine Anfragen noch rechtzeitig zurückkommen. Ich habe ja noch last minute eine kleine Anfrage zu Open Source auf den Weg gebracht. In der letzten Woche habe ich jetzt also drei kleine Anfragen noch unterwegs, neben Open Source zum Thema digitale Gewalt. und zum Thema Nachhaltigkeit der Bundes-IT mit Schwerpunkt Rechenzentren. Auch am 14. November war meine vorerst letzte Sitzung der IUK-Kommission. Da hatten wir diesmal ganz viele Themen, aber vor allem ging es um elektronische namentliche Abstimmungen im Bundestag. Aus guten Gründen hoffe ich sehr, sehr, sehr, dass bis zur nächsten Sitzung Ende Januar die Linke wieder als Gruppe anerkannt ist, weil dann kann ich auch wieder an diesem Gremium teilnehmen und zumindest meine Stimme in die Waage werfen. Aus Gründen wäre das wichtig. Auch am 14. November war die letzte Obleuterunde des Digitalausschusses für mich. Da wurde bestätigt, dass meine Rederechte als vorerst Einzelabgeordnete echt mickrig sind. Nämlich nur die Hälfte der vereinbarten Redezeit, aber zwei Minuten maximal. Heute hatten wir zum Beispiel drei Minutenrunden. Das heißt für mich dann nur noch 1,5 Minuten. Wäre Ministerin Geiwitz gekommen, dann hätten die anderen zweimal fünf Minuten gehabt. Ich hätte künftig genau statt diesen zehn Minuten nur einmal zwei Minuten. Das ist schon echt bitter. Bei Anhörungen haben wir im Moment keine Termine für, aber irgendwann kommen ja die nächsten. Da habe ich zwar noch Rederecht, also auch einmalig zwei Minuten, aber ich kann keine eigenen Sachverständigen mehr benennen und das ist besonders tragisch für die Zivilgesellschaft, denn unsere Sachverständigen sind fast immer aus dieser Gruppe gekommen. Das ist natürlich alles Mist. Aber man soll ja immer auch das Gute sehen, selbst wenn es eigentlich komplett beschissen ist. Und das einzig Gute, das ich gefunden habe, ist, Obläuterunden waren immer super früh vor allen anderen Terminen. IOK-Termine waren immer am Abend und gingen ewig. Da kann ich jetzt künftig also ein bisschen länger schlafen

oder früher ins Bett gehen oder andere Dinge tun. So oder so stecken wir nicht den Kopf in den Sand. Wir werden unsere Gruppengründung vorbereiten, an einer schnellen Anerkennung arbeiten und wir hoffen, dass wir dann möglichst viele gute Mitarbeiter übernehmen können. Zum Beispiel unsere Fraktionsmitarbeiterin für Digitales, Anne Roth, ohne die ich mir das eigentlich gar nicht wirklich vorstellen kann, wie es weitergehen soll. Und damit kommt es zum Outro. Ein paar Tipps und Hinweise nochmal für euch. Einmal habe ich in dieser Woche am Donnerstag eine Rede gehalten zu einem Antrag der Union, der nannte sich Digitalstrategie zur Chefsache machen und war ein bisschen lustig, weil sie alles das gefordert hat, was sie längst hätte machen können und noch ein paar andere schreckliche Sachen on top. Ich verlinke euch meine Rede natürlich in den Shownotes. Dann will ich euch ans Herz legen, mein Twitterthread zur Auflösung der Fraktion vom 14. November auch verlinkt und ein Terminhinweis. Am 20. und 21. November gibt es in Jena den Digitalgipfel. Da werde ich ab Sonntagabend, dem 19.11. vor Ort sein und am Montag an einem Panel mit dem Digitalausschuss zur Souveränität mich beteiligen und am frühen Nachmittag an einem sogenannten Speed-Geeking Da hat man irgendwie alle 10 Minuten andere Leute an seinem Tisch und an meinem Tisch wird es um Digitalisierung und Nachhaltigkeit gehen. Also wer auch beim Digital-Gipfel ist, kommt vorbei, speedgeekt mit mir über Digitalisierung und Nachhaltigkeit und ansonsten bleibt gesund. Der Linke treu, die kann übrigens Mitglieder gerade gut brauchen. In Brandenburg haben wir einen Mitgliederzuwachs, der schon lange nicht mehr so gesehen worden ist. Ihr werdet also nicht alleine da und es wäre für eine gute Sache. Ansonsten abonniert den Podcast, falls ihr das nicht längst gemacht habt, empfiehlt ihn weiter und schickt mir Feedback mit dem Hashtag der ADB Podcast. Das war's und tschüss bis zum nächsten Mal.